



BLICKPUNKT WAHLKREIS 43

Gudrun Pieper MdL



Liebe Leserinnen, liebe Leser,
diese Plenarwoche, nach der Sommerpause, war geprägt von der Diskussionen zur Flüchtlingsaufnahme, dem Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2016 und der Agrarpolitik des Landwirtschaftsministers Meyer. Eine Großdemonstration in Hannover mit über 4.000 TeilnehmerInnen machten deutlich: So nicht! Was sonst noch geschah? Lesen Sie meinen Blickpunkt.

Herzlichst Ihre



TERMINAUSZUG

23.09.-24.09.2015	COEVORDEN (NIEDERLANDE)
AUSSCHUSSREISE BUND, EUROPA, MEDIEN	
25.09.2015	BOMLITZ
200-JÄHRIGENS JUBILÄUM INDUSTRIEPARK WALSRODE	
25.09.2015	WALSRODE
KREISTAG	
26.09.2015	WIETZENDORF
HONIGFEST	
07.10.2015	WALSRODE
BILDUNGSKONFERENZ	
13.10.-15.10.2015	HANNOVER
PLENUM	

V.i.S.d.P.

Gudrun Pieper Kristin Kühling
Hauptstraße 9, 29690 Schwarmstedt

Tel.:(05071) 800 25 25
info@gudrunpieper.de

Hohe Herausforderungen für Niedersachsen in der Flüchtlingsaufnahme

Nach wie vor ist die Flüchtlingspolitik das bestimmende Thema im Landtag. Niedersachsen wird in diesem Jahr voraussichtlich rund 100.000 Flüchtlinge aufnehmen. Wir müssen uns also auf steigende Anforderungen in der Flüchtlingspolitik einrichten. Gemeinsam muss daran gearbeitet werden, dass den Flüchtlingen aus humanitären Gründen eine menschenwürdige Unterkunft gestellt wird. Ziel sollte eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen werden sowie eine langfristige Perspektive für die Menschen, die sich entscheiden in unserem Land zu leben. Gleichzeitig müssen wir unser Asylsystem, gerade angesichts dieser Aufgabe, vor Überlastung bewahren. Der Missbrauch des Grundrechts auf Asyl aus vorwiegend wirtschaftlichen Gründen geht auf Kosten derjenigen, die auf unsere Unterstützung dringend angewiesen sind. Die konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber ist hierbei unerlässlich.

Um diese Aufgabe bewältigen zu können, muss die rot-grüne Landesregierung ihre Handlungsmöglichkeiten endlich wahrnehmen. Wir, die CDU Landtagsfraktion, werden uns dafür einsetzen, dass schnell und unkompliziert Lösungen gefunden werden.

Unsere Forderungen an die rot-grüne Landesregierung lauten beispielsweise wie folgt:

Aufnahme und Unterbringung Gewährleisten

- Um die dramatische Flüchtlingssituation zu bewältigen, muss die Landesregierung einen ressortübergreifenden Stab einsetzen, der die notwendigen Maßnahmen in den einzelnen Bereichen koordiniert.
- Das Land muss seinen Teil zur dringend notwendigen Beschleunigung der Asylverfahren beitragen – dazu gehört die Abordnung von Personal aus anderen Landesbehörden in die Erstaufnahmereinrichtungen,

um die Registrierung durch das Land zu beschleunigen.

- Die Kommunen, die im Hinblick auf Unterbringung und Betreuung die Hauptlast tragen, müssen in finanzieller Hinsicht dauerhaft und in ausreichendem Umfang vom Land unterstützt werden.

Integration ermöglichen

- Um die erfolgreiche Integration von Asylbewerbern zu gewährleisten, braucht Niedersachsen ein eigenes Landesintegrationsgesetz nach dem Grundsatz „Fördern und Fordern“.
- Sprache ist der Schlüssel zur erfolgreichen Integration – in einem Sonderprogramm „Schule“ müssen deshalb für Flüchtlingskinder an niedersächsischen Schulen konsequent Sprachlernklassen eingerichtet und dafür in ausreichendem Maße zusätzliche Lehrstunden zur Verfügung gestellt werden.
- Damit Asylberechtigte so schnell wie möglich ein unabhängiges Leben führen können, muss die Qualifizierung und Vermittlung in den Arbeitsmarkt zügig beginnen.

Asylsystem gezielt entlasten

- Rot-Grün hat inzwischen eingeräumt, dass ihre Abschiebep Praxis in Niedersachsen gescheitert ist. Die CDU hat sich mit der Forderung nach einer Überarbeitung des Rückführungserlasses durchgesetzt. Die Landesregierung muss jetzt für praxismgerechte Rückführungsbestimmungen sorgen, die sich an den Forderungen der Kommunen orientieren.
- Alle Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive müssen für die gesamte Dauer ihres Asylverfahrens in den Landeseinrichtungen untergebracht werden und dürfen nicht auf die Kommunen verteilt werden.

Mehr zu diesem Thema unter:

**[www.cdu-fraktion-niedersachsen/
themen/fluechtlingskrise-in-
niedersachsen.de](http://www.cdu-fraktion-niedersachsen/themen/fluechtlingskrise-in-niedersachsen.de)**

PLENUM IN KÜRZE

Landwirtschaftsminister Meyers ungerechtfertigte Anfeindungen belasten Familienbetriebe

In einer hitzigen Debatte während der Plenarsitzung hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Frank Oesterhelweg, Landwirtschaftsminister Meyer zu mehr Sachlichkeit in der Agrarpolitik für eine moderne Landwirtschaft aufgefordert. „Die Begrifflichkeiten, mit denen der Minister in schöner Regelmäßigkeit um sich wirft, sind eine Beleidigung für die niedersächsische Landwirtschaft. ‚Turbohühner und -Kühe, Qualhaltung oder industrielle Massentierhaltung‘ - mit der großen Mehrheit unserer Landwirte hat das nichts zu tun“, betont Oesterhelweg. „Sie leisten täglich gute Arbeit und produzieren qualitativ hochwertige und sichere Lebensmittel.“

Die Polemik des Ministers sei nicht nur ungerecht, sie zerstöre auch für die weitere Zusammenarbeit so wichtiges Vertrauen. „Viele Betriebe stehen nach zweieinhalb Jahren rot-grüner Agrarpolitik am Rande ihrer Existenzfähigkeit - die ungerechtfertigten Anfeindungen belasten die Familien zusätzlich“, kritisiert der CDU-Fraktionsvize und fordert die Landesregierung auf, endlich mehr Verlässlichkeit und Planungssicherheit für die Landwirte zu schaffen.

Mit Blick auf die zentrale Bauern-Demo in Hannover sagt Oesterhelweg: „Die Demonstration ist ein wichtiges Signal, dass sich die Landwirte Meyers Politik nicht mehr klaglos gefallen lassen. Es ist noch nicht lange her, da hat der Minister im Plenum sinngemäß gesagt: ‚Was wollen Sie denn, gegen mich hat noch kein Landwirt demonstriert.‘ Jetzt sind sie da.“

Herr Meyer: Es ist nicht mehr 5 vor, sondern bereits 5 nach zwölf!

Haushaltsplanentwurf 2016: ambitionslos, ideenlos und mutlos

Rekordsteuereinnahmen und historisch niedrige Zinsen, großzügige Entlastungen durch den Bund, also erstklassige Rahmenbedingungen um einen soliden Haushaltsplanentwurf vorzulegen. Liest man ihn einmal quer, ist eindeutig erkennbar: Dieser Haushaltsplanentwurf ist ambitionslos, ideenlos und mutlos! Mehr Konsum, statt Investitionen! Und gleichzeitig wird die Zukunft unseres Landes im

wahrsten Sinne des Wortes verfrüht!

Das lässt sich anhand der Zahlen auch konkret belegen: Die Investitionsquote sinkt auf einen historischen Tiefstand von 4,7%. Selbst wenn man das so genannte Sondervermögen zweckgebundene Einnahmen noch dazu rechnet, landet man immer noch bei unter 6 %.

Während der Regierungszeit von CDU/FDP lag sie zwischen 7,1 und 11,9%! Förderung von Wachstum und Beschäftigung bleibt ein Geheimnis!

Das hat nicht nur negative Auswirkungen auf den Straßenbau, der aus ideologischen Gründen vernachlässigt wird. Das zeigt sich auch bei den mangelnden Investitionen in die niedersächsischen Seehäfen: Wir haben seit 2003 insgesamt mehr als 850 Mio. Euro in die niedersächsischen Seehäfen investiert. Ohne diese Mittel hätte es die millionenschweren Investitionen von Steelwind in Nordenham oder von Müller in Brake nicht gegeben. Ohne die 140 Mio. Euro für die Cuxhavener Offshore-Basis wäre auch die positive Entscheidung von Siemens für Cuxhaven gar nicht denkbar gewesen. Mit den jetzt dargestellten Ansätzen bleibt die Landesregierung hinter den Notwendigkeiten bei den Hafeninvestitionen zurück!

Wichtige Zukunftstechnologien werden vollkommen ausgeblendet. Beispielsweise die Luft- und Raumfahrt-technologie. Zu unserer Regierungszeit haben wir für die Förderung der Luftfahrt in Niedersachsen mehr als 130 Mio. Euro bereitgestellt. Wir haben zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit an den Standorten Nordenham und Varel Technologiezentren gegründet, die den Wissenstransfer von der Grundlagenforschung zur Umsetzung sicherstellen. Niedersachsen hatte vor kurzem also noch eine Vorreiterrolle. Diese haben wir nach zweieinhalb Jahre Rot-Grün nicht nur eingebüßt. Wir hinken inzwischen sogar hinterher!

Ein weiteres Beispiel: Diese Landesregierung tut zu wenig, um Schiffbau in Niedersachsen zu unterstützen. Im Haushaltsplanentwurf 2016 sind für das Bundesprogramm „Innovativer Schiffbau“ nur noch Landesmittel zur Ko-Finanzierung in Höhe von max. 5 Mio. Euro eingestellt. Die maritime Wirtschaft ist ganz offenbar zum Stiefkind dieser Landesregierung geworden!

Es ist in der Haushaltspolitik ähnlich wie in der alltäglichen Regierungsarbeit

von Rot-Grün: Die Regierung Weil ist ein fortlaufender Reparaturbetrieb. Zu lange wird gar nichts getan. Dann wird umso hektischer nachgebessert. 2013 hat die Rot-Grüne Landesregierung noch behauptet, eine marode Haushalts- und Finanzlage übernommen zu haben. Was wurde nach der Regierungsübernahme in den ersten Monaten nicht alles über die Haushaltslage schwadroniert, da war von Kassensturz die Rede, riesigen Löchern im Haushalt 2013, fehlender Vorsorge für Tarifabschluss im öffentlichen Dienst und so weiter.

Fakt ist:

2013 konnten insgesamt rund 440 Mio. Euro im Haushalt umgeschichtet werden, ohne dass die Neuverschuldung erhöht werden musste:

- 120 Mio. Euro Sondervermögen für Investitionen,
- 139 Mio. Euro Ausbuchung der Globalen Minderausgabe,
- 81 Mio. Euro Verzicht auf Vermögensveräußerungen,
- 70 Mio. Euro Besoldungserhöhung für Beamte und Versorgungsempfänger,
- 30 Mio. Euro Flutopferhilfe

2014 mussten im Jahresabschluss nur noch ein strukturelles Defizit von 93 Mio. Euro ausgewiesen werden, weil riesige Zinseinsparungen und höhere Steuereinnahmen zu verzeichnen waren. 2015 konnte sogar aufgrund der weiter steigenden Steuereinnahmen im ersten Nachtragshaushalt 2015 ein Rechenfehler der Kultusministerin bei der Finanzhilfe für Krippen in Höhe von 83 Mio. Euro mal locker ausgebügelt und 13 Mio. Euro für 720 Gymnasiallehrer anteilig finanziert werden. Insgesamt hatte der 1. Nachtragshaushalt 2015 ein Volumen von 237 Mio. Euro. **Und jetzt?** Dieser Haushalt ist ambitionslos, es fehlt die Kraft zur Gestaltung, es werden keine Schwerpunkte gesetzt, keine Vorsorge für die Zukunft getroffen.

David McAllister hat auf dem Landesparteitag der CDU Niedersachsen in Osnabrück die Landesregierung als blass und müde beschrieben. Tatsächlich: Wenn man sich die Mitglieder des Kabinetts Weil auf der Regierungsbank recht betrachtet, dann fällt einem ein Sinnspruch von Heinrich Heine ein: „Viele Steine, müde Beine, Aussicht keine.“

Wir werden in diesen Haushaltsberatungen Alternativen aufzeigen, zeigen, wie es besser geht!

BERICHT AUS DEM EUROPAPARLAMENT

Flüchtlinge: Parlament fordert Änderung der Dublin-Regeln und humanitäre Visa



In einer am 10.9. angenommenen Entschließung begrüßen die Abgeordneten die neuen Vorschläge der EU-Kommission zur Bewältigung des beispiellosen Zustroms von Migranten und Flüchtlingen und erklären sich bereit, mit der Arbeit an den Gesetzesvorschlägen für eine robuste Migrations- und Asylpolitik für die Zukunft zu beginnen.

- **Umsiedlung.** Nachdem sie am Vortag eine Notfallmaßnahme zur Umsiedlung von 40.000 Asylsuchenden innerhalb der EU-Länder gebilligt haben, begrüßten die Abgeordneten einen zusätzlichen von der Kommission vorgeschlagenen Notfallplan zur Umsiedlung weiterer 120.000 Asylsuchender aus Italien, Griechenland und Ungarn sowie die geplante Einführung eines ständigen Mechanismus zur Abänderung der Dublin-Regelung, die bestimmt, welcher Mitgliedstaat für die Abwicklung der Asylanträge zuständig ist. Das Parlament fordert einen "fairen, obligatorischen Verteilungsschlüssel", bei dem die Aussichten auf Integration und die Bedürfnisse und die spezifischen Umstände der Asylsuchenden berücksichtigt werden.
- **Neuansiedlung und Visa aus humanitären Gründen.** Das Parlament will, dass Mitgliedstaaten Flüchtlinge aus Drittstaaten über ein obligatorisches Neuansiedlungsprogramm aufnehmen, und hält es "für absolut vorrangig, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten sichere und legale Wege für Flüchtlinge schaffen, wie etwa humanitäre Korridore und Visa aus humanitären Gründen". Die Abgeordneten sind der Ansicht, dass der Visakodex geändert werden sollte, indem "speziellere gemeinsame Bestimmungen über Visa aus humanitären Gründen eingefügt werden" und fordern die Mitgliedstaaten auf, die Möglich-

keit zu schaffen, in ihren Botschaften und Konsulaten Asyl zu beantragen.

- **Gemeinsame EU-Liste sicherer Herkunftsländer.** Dieser Ansatz sollte nicht das Refoulement-Verbot und das Individualrecht auf Asyl, insbesondere das von Personen, die schutzbedürftigen Gruppen angehören, untergraben, fordern die Abgeordneten in dem Text der Entschließung.
- **Asylbestimmungen.** Die Abgeordneten fordern die wirksame Anwendung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, um dafür zu sorgen, dass "gemeinsame wirksame, kohärente und humane Standards" in der gesamten EU angewendet werden.
- **Schengen.** Das Parlament bekräftigt seine Zusage, die "Grenzen innerhalb des Schengen-Raums zu öffnen", und hebt hervor, dass die wirksame Überwachung der Außengrenzen gewährleistet werden muss.
- **Die eigentlichen Ursachen der Migration** müssen angegangen werden und sollten Hauptthema auf dem Gipfel von Valletta in Malta am 11.-12. November sein, so der Text der Resolution. Auch strenge strafrechtliche Sanktionen gegen Menschenhandel und das Schleusen von Menschen seien erforderlich.
- **Internationale Konferenz zur Flüchtlingskrise.** Das Parlament fordert die Kommission und die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini auf, eine internationale Konferenz zur Flüchtlingskrise einzuberufen, an der unter anderem die EU, ihre Mitgliedstaaten, Einrichtungen der Vereinten Nationen, die USA, einschlägige internationale nichtstaatliche Organisationen und arabische Staaten teilnehmen, um eine gemeinsame globale Strategie für die humanitäre Hilfe auszuarbeiten.

Das Parlament lobt die Bemühungen von Gruppen der Zivilgesellschaft und von Einzelpersonen in ganz Europa, die in großen Zahlen aktiv werden, um die Flüchtlinge und Migranten zu begrüßen und ihnen zu helfen. Diese Aktionen zeigen "die wirkliche Wahrung der europäischen Werte" und sind "ein Zeichen der Hoffnung für die Zukunft Europas", so die Abgeordneten. Die Entschließung wurde mit 432 Stimmen angenommen, bei 142 Gegenstimmen und 57 Enthaltungen.

AGRI lehnt nationale Verbote des Inverkehrbringens von GVO ab

Der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments (AGRI) hat am 03.09. den Entwurf der Stellungnahme des MdEP Dess (EVP) zum Vorschlag der Europäischen Kommission zur Möglichkeit der Mitgliedstaaten, auf ihrem Hoheitsgebiet das Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) zu verbieten, mit 28 Zustimmungen und 8 Ablehnungen bei 6 Enthaltungen angenommen.

In der Stellungnahme wird der Vorschlag der Kommission abgelehnt, weil laut MdEP Albert Dess durch „willkürliche“ nationale Einfuhrverbote Wettbewerbsverzerrungen innerhalb des Binnenmarktes entstünden und Produktionszweige, die von Importen gentechnisch veränderter Futtermittel abhängig seien, gefährdet würden. Durch die Zustimmung zur Stellungnahme und die damit verbundene Ablehnung sind gestellte Änderungsanträge verfahrenstechnisch obsolet geworden. Unter anderem war gefordert worden, die Kommission aufzufordern, den Vorschlag - wie seinerzeit bei dem Vorschlag zur Saatgutverordnung - zurückzuziehen und einen neuen vorzulegen. In der Sondersitzung des AGRI am 08.06. hatte der zuständige Kommissar Andriukaitis angekündigt, "es gebe keinen Plan B bei Ablehnung des Vorschlages", dann würde das alte Recht beibehalten werden. "Für eine tiefgreifende Veränderung in Bezug auf GVO sei es notwendig, über ein komplett neues Konzept zu diskutieren. Sein Vorschlag sei der "bestmögliche", um das Verfahren den Verträgen und der rechtlichen Realität entsprechend zu ändern." Vertreter der Kommission führten weiter aus, dass Schutzklauseln keine Bedrohung für den Binnenmarkt darstellten, es gebe sie schon lange und sei nichts Neues. Auch der Agrarrat hatte sich am 13.07. in einer ersten Aussprache mehrheitlich gegen den Vorschlag ausgesprochen, verhandelt ihn aber derzeit inhaltlich auf Ebene der Ständigen Vertreter weiter. Der Rat forderte eine Stellungnahme des Juristischen Dienstes des Rates ein. Derzeit ist davon auszugehen, dass auch im federführenden Ausschuss für Umwelt, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments (ENVI) eine Ablehnung erfolgen wird.

UNTERWEGS IM UND FÜR DEN WAHLKREIS

Notunterkunft für Flüchtlinge in Oerbke



Der Technische Einsatzleiter des DLRG, Hans-Hermann Hölte, informierte mich über die Abläufe im Lager Oerbke

Gemeinsam mit meiner Landtagskollegin und Landesvorsitzenden des BdV Editha Lorberg, sowie Bezirksvorsteher Andreas Ege bin ich in das Camp Oerbke gefahren. Die Arbeit der freiwilligen Helferinnen und Helfer verdient den höchsten Respekt. Die Aufnahmen sind sehr gut strukturiert und organisiert. Noch in den Bussen erhalten die Menschen Wasser. Auch medizinische Hilfe wird sofort geleistet. Bemerkenswert ist die breite Welle der Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. Selbst Schülerinnen und Schüler helfen, beispielsweise als Übersetzer, aus. Besonders gefreut hat mich das Wiedersehen eines ehemaligen Asylbewerbers aus Walsrode. Damals habe ich ihm bei seinem Asylverfahren Hilfestellung gegeben. Mittlerweile hat er seine Anerkennung erhalten, arbeitet in einem Bekleidungsgeschäft, engagiert sich in seiner Kirchengemeinde und hilft momentan in Oerbke mit. Ein bewegender Moment!

Olympiastandort Reitsportanlage Luhmühlen



Wir sind uns einig: Luhmühlen ist ein geeigneter Olympiaaustragungsort. Unsere Unterstützung haben sie.

In Luhmühlen stand kürzlich eine Besichtigung der Reitsportanlage auf dem Programm. Mit der Disziplin Vielseitigkeitsreiten hat Luhmühlen beste

Chancen einer der Niedersächsischen Olympiastandorte zu werden. Wir, die CDU Landtagsfraktion und die Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN) unterstützen die Bewerbung Hamburgs um die Austragung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2024. Bei einer erfolgreichen Bewerbung Hamburgs gäbe es viele Gewinner: Der Leistungs- und Breitensport in Niedersachsen und der Metropolregion Hamburg für Menschen mit und ohne Behinderung würde enormen Rückenwind erfahren. Auch die heimische Wirtschaft - insbesondere die Tourismusbranche - würde von einem weltoffenen und sportbegeisterten Publikum profitieren.

Sommerempfang der CDU Landtagsfraktion in Hannover



Gespräch am Rande des Sommerempfangs mit Regierungsbrandmeister Uwe Quante

Der traditionelle Sommerempfang der CDU-Landtagsfraktion in Hannover war auch in diesem Jahr ein voller Erfolg: Rund 700 Gäste aus Politik und Gesellschaft nutzten die Gelegenheit, um sich in entspannter Atmosphäre mit den Abgeordneten der CDU-Fraktion auszutauschen. Der diesjährige Ehrengast, der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Peter Tauber, griff in seinem Grußwort das bestimmende Thema des Abends, die Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik, auf. Er rief dazu auf rechtsradikalen und fremdenfeindlichen Menschen in der aktuellen Flüchtlingsdebatte keinen Platz einzuräumen. Es war es ein sehr informativer und schöner Abend. Ich habe wieder viele Möglichkeiten für unseren Heidekreis besprechen können.

REWE-Markt In Walsrode

Auf Einladung des selbständigen Kaufmanns Daniel Bluhm habe ich den REWE Markt in der Ebbinger Straße in Walsrode besucht. Ich bekam einen

interessanten Einblick in den Lebensmittelhandel und informierte mich über Qualitätssicherung und die gute Zusammenarbeit mit Erzeugern aus der Region. Besonders regionale Produkte seien wieder im Kommen, berichtete mir Bluhm. Ich finde es hervorragend, dass der Stellenwert von Produkten örtlich ansässiger Erzeuger wieder wächst. Bei regionalen Produkten weiß der Verbraucher woher das Produkt kommt. Die Transportwege der Lebensmittel sind kürzer. Außerdem kann auf Konservierungsmittel verzichtet werden. Dies trägt sowohl zum Verbraucher- als auch zum Umweltschutz bei.



v.l.s: Dierena Cohrs (Mitarbeiterin Frische-Theke), Rainer Pätzold, Gudrun Pieper, Daniel Bluhm, Matthias Rump

Technische Akademie Heidekreis



Feierlich wurde die TAKH in Honerdingen eröffnet

Eine beeindruckende stimmungsvolle Eröffnungsfeier der Technischen Akademie Heidekreis mit vielen Gästen aus Wirtschaft und Politik. Mit Geschäftsführer Olaf Kahle, Bürgermeisterin Helma Spöring und dem Ersten Kreisrat Oliver Schulze drückten wir während der Feierlichkeiten auf den roten Buzzer, wodurch der Eingang in die ehemalige Hoerbiger-Produktionshalle freigegeben wurde. Neun Männer und Frauen aus der Region von Bremen bis Hannover stehen bereits in den Startlöchern für den Semesterbeginn am 15. Oktober. Alle Vorkurse sind ebenfalls ausgebucht. Die TAKH ist eine Stärkung unseres Wirtschaftsstandorts und ein Gewinn für unsere Region.